

2/1992 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Signal von Dresden ist richtungweisend

Als erste Partei der Bundesrepublik Deutschland hat die CDU auf ihrem Parteitag in Dresden die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Deutschen als politische Priorität Nummer eins konkret formuliert und beschlossen.

Auch für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist dieses Signal von Dresden richtungweisend. Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir haben bereits erste Akzente gesetzt.

Danach wird die Fraktion die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit betreiben. Darüber hinaus will sie dazu beitragen, den Vorrang für Investitionen stärker durchzusetzen als bisher.

Innere Einheit — das muß auch heißen: damit aufhören, getrennte Bilanzen zu führen, z. B. in der Umweltpolitik. Ein altes Kohlekraftwerk in Ostdeutschland umwelttechnisch aufrüsten, verbessert auch die Umweltqualität im Westen.

Ohne Konflikt und Widerspruch jedoch — so Rüttgers — werden sich neue Prioritäten nicht durchsetzen lassen. Das wird bereits im Vermittlungsverfahren zum Steueränderungsgesetz 1992 und zur Änderung des Strukturhilfegesetzes deutlich und macht allen Beteiligten klar: Die innere Einheit unseres Landes ist eine Aufgabe, die nur im Zusammenhang von Bund, Ländern und Kommunen bewältigt werden kann.

(Jürgen Rüttgers: Politische Priorität Nummer eins ist die innere Einheit Deutschlands. Seite 3—5) ■

HEUTE AKTUELL

- **Tarifpolitik**
Generalsekretär Volker Rühle: Auch in der Tarifpolitik die Prioritäten neu setzen. Seite 6
- **Aussiedlungsgebiete**
Initiativen der Bundesregierung für die Rußlanddeutschen. Seite 10
- **Grundgesetz**
Gemeinsame Verfassungskommission — Modernisierung: Ja! Aber keine andere Verfassung. Seite 11
- **Mittelstand**
400.000 mittelständische Betriebe in den neuen Bundesländern angemeldet. Seite 13
- **Frauen**
Gleichberechtigungsgesetz soll ein Signal für die Frauen setzen. Seite 15
- **Rauschgiftbilanz**
Illegalen Rauschgifthandel weltweit und grenzüberschreitend bekämpfen. Seite 19

Das Gesamtangebot aller Informations- und Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle mit Versandhinweisen „So bestellen Sie richtig!“ Rosa Teil

„... freiwillig ins Abseits“

„Immer weniger kann die Führung der SPD kaschieren, daß ein interner Machtkampf die Handlungsfähigkeit der Partei schwächt.“

(Süddeutsche Zeitung, 17. Januar 1992)

„Dieser Tage hat Björn Engholm sich wieder einmal zu Wort gemeldet. Die Sozialdemokraten müßten, so ihr Parteichef, angesichts der veränderten Weltlage ihre außenpolitischen Positionen neu bestimmen. Wie recht er doch hat. Doch was Engholm als eine der wichtigen Aufgaben der kommenden Monate beschrieb, ist längst überfällig . . . Wer, wie jetzt wieder Björn Engholm, die sicherheitspolitischen Entscheidungen auf den Tag verschiebt, an dem es funktionierende kollektive Sicherheits-Strukturen und eine überzeugende Reform der Vereinten Nationen gibt, hindert sich selbst daran, an diesen Aufgaben mitzuarbeiten. Er marschiert freiwillig ins Abseits.“

(Frankfurter Rundschau,
8. Januar 1992)

„In der SPD war in den vergangenen zwei Jahren die bevorzugte Form der Fortbewegung das Hinterherhecheln. Man formulierte erst feste sozialdemokratische Positionen, dann zeigte ein Zittern im Parteikörper den Drang dorthin an, wo die Regierung schon war, schließlich folgte ein atemloser Spurt, um den Anschluß nicht zu verlieren. Dieses Verhaltensmuster setzt

sich bis heute fort: Im Asylstreit, bei der Mehrwertsteuer und bei der Blauhelm-Frage hat das Zittern schon mächtig begonnen, und es ist nur noch die Frage, wann kein Halten mehr ist oder die SPD-Position sich europäisch erledigt.“

(FAZ, 21. Januar 1992)

„Engholms Zaudern mit dem Hinweis auf die angeblich notwendige Kandidaten-Prozedur hat viel Zweifel am Siegeswillen der ganzen Partei, an seiner Entschlußkraft

Pressestimmen zum Zustand der SPD

und Eignung ausgelöst . . . Mit seinen beiden Halbtagsjobs als Ministerpräsident in Kiel und als Vorsitzender und Kandidat in Bonn bringt der Schleswig-Holsteiner nicht die besten Voraussetzungen für die erforderliche Mann-Deckung mit.“

(Frankfurter Rundschau,
21. Januar 1992)

„Und nun wird jedes Prozent, das seine Partei bei der Landtagswahl gewinnt oder verliert, sich auf die Meinungswaage des Kanzler-Kandidaten auswirken.“

(Neue Rhein-Zeitung,
21. Januar 1992)

Hartfaserplatten zum Plakatieren: Jetzt heißt es schnell zugreifen, denn beim IS-Versandzentrum gibt es einen Restposten mit Hartfaserplatten. Die Platten sind bereits mit jeweils zwei Befestigungslöchern oben und unten versehen. — Bestell-Nr.: 19309, Mindestabnahme: 50 Expl., Preis je 50 Expl.: 71,50 DM.

Politische Priorität Nummer eins: die innere Einheit Deutschlands

Auf dem Dresdner Parteitag hat die CDU als erste Partei die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Deutschen als politische Priorität Nummer eins konkret formuliert und beschlossen. Die Union ist heute die politische Kraft, die sich der Herausforderung konsequent stellt, nach 40 Jahren Teilung verschiedene Lebenswelten zusammenzuführen. Das ist mehr als ein Akt politischer Symbolik oder abstrakter Programme.

Konkret folgt aus dieser Aussage:

- daß Vorhaben, die nicht dem Aufbau Ost dienen, zurücktreten müssen,
- daß wünschbare, aber nicht notwendige öffentliche Investitionen im Westen verschoben werden müssen,
- daß es Grenzen für den schnellen weiteren Ausbau von Sozialleistungen gibt,
- daß auch die Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode unter dieser Perspektive nochmals überprüft werden muß.

Diese klaren Prioritäten sind nicht nur eine Verpflichtung Westdeutschlands gegenüber dem vom Sozialismus ruinierten Osten. Ein blühendes Ostdeutschland ist die Voraussetzung für eine gute gemeinsame Zukunft. Die Deutschen sitzen nicht nur staatlich, sondern auch wirtschaftlich und sozial in einem Boot. Die innerdeutsche Wohlstandsgrenze, die auch eine Grenze bei Umweltqualität oder Infrastrukturangebot ist, muß und wird fallen. Die Lebenschancen in Güstrow, Leipzig oder auf dem Eichsfeld sollen mit denen in Lübeck, Frankfurt oder dem Schwarzwald vergleichbar sein. Auch für die CDU/CSU-Bundestagsfrak-

tion ist das Signal von Dresden richtungweisend. Wir haben bereits erste Akzente gesetzt. Die Fraktion wird die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit betreiben. Diese Arbeit ist bedeutsam für die Befreiung zu einer gemeinsamen Zukunft. Eine Identität der Deutschen kann nur wachsen, wenn die Vergangenheit genau analysiert und aufgearbeitet wird. Wir wollen, daß Bürgerrechtler, Wissenschaftler und Politiker ohne parteipolitische Grabenkämpfe sich dieser Aufgabe widmen können.

Die Fraktion will darüber hinaus dazu beitragen, den Vorrang für die Investitionen stärker als bisher durchzusetzen. Dazu wollen wir die praktischen Regelungen, die sich aus dem Vermögensgesetz ergeben, nochmals durchforsten, um

**Von Jürgen Rüttgers,
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion**

unnötige Hemmnisse bei den Eigentumsregelungen abzubauen.

Gleichzeitig gilt auch für die jungen Bundesländer: Nicht alles kann gleichzeitig geleistet werden. Auch hier sind Prioritäten unverzichtbar. Zukunftsinvestitionen müssen Vorrang vor der Erhaltung alter Strukturen und gewohnter Sicherheiten haben. Der Wandel bedarf selbstverständlich der sozialen Gestaltung. Ein rascher, tragfähiger Aufschwung und maximale Absicherung aber lassen sich nicht gleichzeitig finanzieren. Sparsam

wirtschaften und auf den Neuaufbau setzen heißt deshalb, die vorhandenen Mittel vor allem für Investitionen einzusetzen.

Die innere Einheit werden wir nur erreichen, wenn wir aufhören, getrennte Bilanzen zu führen. Ein Beispiel ist die Umweltpolitik. Wir hören oft das Argument, die Sanierung Ost dürfe nicht zu einem umweltpolitischen Stillstand West führen. Das ist eingängig und wenig hilfreich.

Umweltqualität in Ost und West

Auch in der Umweltpolitik kann jede Mark von privater oder öffentlicher Hand nur einmal ausgegeben werden. Da erscheint es mir wichtiger, ein altes Kohlekraftwerk in Ostdeutschland zu ersetzen oder umwelttechnisch aufzurüsten und damit die Emissionen drastisch zu verringern, als einem Kraftwerk im Westen noch ein paar Prozent an Reduktion abzurufen. Das hilft nicht nur der Umweltqualität im Osten. Das ist auch wirksamer für die Gesamtbilanz.

Gesellschaft hat sich vor der Einheit zunehmend als Risikogesellschaft verändert. Die Ängste richteten sich vor allem auf apokalyptische Visionen, auf atomare Vernichtung, Klimakatastrophe, Genmanipulation. Letztlich stand dahinter Zukunftsangst. Die Gesellschaft in Ostdeutschland ist heute in sehr viel greifbarerem Sinn eine Risikogesellschaft. Für diese Menschen stehen konkrete Ängste im Vordergrund: vor Arbeitslosigkeit, vor Wohnungsproblemen, vor Verlust an gewohnten Sicherheiten.

Niemand sollte übersehen, daß die sogenannten sozialen Errungenschaften des Sozialismus auf Pump finanziert waren, auf tönernen Füßen standen und mit oder ohne Wende zum Zusammenbruch verur-

teilt waren. Dennoch prägen die 40 Jahre der staatlichen Zwangsbetreuung selbstverständlich das Lebensgefühl der Menschen. Jetzt sind Eigeninitiative und Selbstverantwortung gefordert. Dies gab es durchaus auch in der früheren DDR. Das Leben in der Nischengesellschaft war sogar im Hinblick auf den Lebensalltag durch findige Organisation von Beziehungen geprägt.

Die Menschen in den jungen Bundesländern sind nicht unfähig zur Eigeninitiative. Sie müssen sich lediglich an die neuen Anforderungen am Arbeitsplatz und in der persönlichen Lebensgestaltung gewöhnen. Die Begegnung mit einer anderen Art von Risikoerfahrung im Osten Deutschlands mag durchaus geeignet sein, manche Maßstäbe im Westen wieder zurechtzurücken.

Im Lichte neuer politischer Prioritäten müssen wir auch anscheinend weniger bedeutsame Themen betrachten. Die Senkung der Promillegrenze, die Einführung eines allgemeinen Tempolimits oder andere Vorhaben sind nicht ausschlaggebend für die Entwicklung unseres Landes. Aber sie sind für viele Bürger dennoch eine Belastung. Für die Akzeptanz solcher Eingriffe gibt es eine Grenze.

Stabile Fundamente

Die Menschen in unserem Land sind mit einer Reihe tiefgreifender Veränderungen konfrontiert. Das ist unausweichlich, wenn wir im Inneren zusammenfinden wollen und wenn wir die Chancen nutzen wollen, die sich in Gesamteuropa aus den Umwälzungen der vergangenen Jahre ergeben. Dieser Veränderungsdruck ist für die Menschen eine Herausforderung, aber auch eine Belastung. Deshalb ist es um so wichtiger, an stabilen Fundamenten festzuhalten.

Dazu zählen u. a. solide Staatsfinanzen;

JU lädt zu einem Fachgespräch über den Umweltschutz ein

Zu einem Fachgespräch „Internationaler Umweltschutz — Tropischer Regenwald“ lädt die Junge Union Deutschlands am 8. Februar 1992 ab 10 Uhr in die Karl-Arnold-Bildungsstätte, Venner Str. 55, 5300 Bonn 2, ein.

Während dieser Tagung, die von JU-Bundesvorstandsmitglied, Georg Fahrenschon, geleitet wird, werden kompetente Fachleute und führende Vertreter von Jugendverbänden über Ursachen der weltweiten Umwelt- und

Entwicklungskrise diskutieren, um mit Blick auf die im Juni stattfindende Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen in Brasilien geeignete Maßnahmevorschläge gegen die drohende Umweltkatastrophe unterbreiten zu können.

Prominentester Gesprächspartner wird Bundesumweltminister Klaus Töpfer sein.

Nähere Informationen bei der JU-Bundesgeschäftsstelle, Telefon: (02 28) 31 00 11.

dazu zählt aber auch der Verzicht auf jeden Versuch, im Rahmen der anstehenden Verfassungsdiskussion an der Struktur und den Wesenselementen unseres Grundgesetzes zu rütteln. In der Asylpolitik müssen wir entscheiden und wirksam handeln, um den Bürgern nicht den Eindruck zu vermitteln, die Politik sei unfähig zur Problemlösung. Wir müssen uns neuen Entwicklungen anpassen aber wir wollen keine andere Republik, weder verfassungsrechtlich noch wirtschaftlich, sozial und kulturell, noch außenpolitisch.

Ohne Konflikt und Widerspruch werden sich die neuen Prioritäten unserer Politik nicht durchsetzen lassen. Das ist bereits im Vermittlungsverfahren zum Steueränderungsgesetz 1992 und zur Änderung des Strukturhilfegesetzes deutlich geworden. Die Verweigerungshaltung der SPD-geführten Länder im Vermittlungsausschuß blockiert bisher die Umleitung von Strukturhilfemitteln aus den alten in die jungen Bundesländer und damit eine solidarische Finanzierung der inneren Einheit.

Die Bundesländer müssen sich in diesem Bereich stärker engagieren. Das gilt z. B. auch für die Umsetzung ihrer Hilfszusagen bei der Aufklärung und Verfolgung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität in der ehemaligen DDR. Es kann nicht der richtige Weg sein, daß einige Bundesländer — zu Recht — ihre Eigenständigkeit und ihre gesamtstaatliche Mitwirkungsrechte betonen, sich aber andererseits aus der finanziellen Mitverantwortung stehlen wollen.

In den letzten Wochen haben Bundesländer wiederholt zusätzliches finanzielles Engagement des Bundes gefordert: bei der Einrichtung von Sammellagern für Asylbewerber oder beim regionalen Ausgleich für aufgegebenen oder reduzierte Standorte der Bundeswehr oder der alliierten Streitkräfte.

In solchen Forderungen aber kann sich Föderalismus nicht erschöpfen. Die innere Einheit unseres Landes ist eine Aufgabe, die nur im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen bewältigt werden kann. ■

Generalsekretär Volker Rühle:

Auch in der Tarifpolitik die Prioritäten neu setzen

Die Tarifrunde '92 ist mit den Tarifrunden zurückliegender Jahre nicht zu vergleichen, da sich in Deutschland die Rahmendaten für die Lohnfindung grundlegend geändert haben. Die früher üblichen Verteilungsdebatten können deshalb so nicht fortgesetzt werden. Es kommt jetzt darauf an, die neuen Erfordernisse zu erkennen und auch in der Tarifpolitik die Prioritäten neu zu setzen. Die Tarifpartner haben dabei eine große Verantwortung, insbesondere für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

Die CDU achtet und respektiert die Autonomie der Tarifpartner. Es ist aber Pflicht der Politik, auf die Zusammenhänge und Auswirkungen hinzuweisen, die mit der diesjährigen Lohnrunde verbunden sind. Folgende Gesichtspunkte müssen deshalb in der anstehenden Tarifrunde Berücksichtigung finden:

1 Die Tarifrunde '92 ist von entscheidender Bedeutung für die internationale Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in den 90er Jahren. Bereits heute ist erkennbar, daß die hohen Lohnkosten in Deutschland die Attraktivität unseres Landes als Wirtschaftsstandort bedrohen. Die künftige Wettbewerbssituation wird die deutsche Wirtschaft nur dann erfolgreich bestehen können, wenn Produktivität und Lohnkosten in einem dem internationalen Vergleich standhaltenden Verhältnis zueinander stehen. Die Höhe der Lohnforde-

rungen '92 wird damit unmittelbare Auswirkungen auf die künftige Sicherheit der Arbeitsplätze haben.

2 Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in Deutschland, in Europa und in der Welt steht die Bundesrepublik in diesem und auch in den kommenden Jahren vor erheblichen finanziellen Herausforderungen. Steuerliche Mehrbelastungen in größerem Umfang oder eine die Geldwertstabilität gefährdende Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme können keine geeigneten Instrumente sein, die notwendigen Mittel aufzubrin-

Generalsekretär Volker Rühle zur aktuellen Diskussion über die Tarifrunden '92

gen. Die Ausgaben müssen vielmehr im wesentlichen durch Einsparungen und Umschichtungen in den Haushalten des Bundes und der Länder finanziert werden. Angesichts dieser Erfordernisse sind zweistellige Zuwächse bei den Löhnen und Gehältern in Bund, Ländern und Gemeinden nicht seriös zu finanzieren.

3 Der Verfassungsauftrag, in ganz Deutschland einheitliche Lebensverhältnisse zu schaffen, ist eine Aufgabe, zu der alle gesellschaftlichen Gruppen einen Beitrag leisten müssen. Für die Tarifpolitik bedeutet dies: je maßvoller die Abschlüsse im Westen in diesem und in

Aus dem Angebot der KAS

Das Gebot der Toleranz und der Schutz vor Mißbrauch — Das Recht auf politisches Asyl und seine Bewährung in der Praxis

Veranstaltung Nr. 38

Eichholzer Forum, 14. bis 16. Februar 1992

Hauptthemen:

- Die rechtsgeschichtliche Dimension des Artikels 16 GG — Zahlen, Fakten, Hintergründe
- Praxis und Probleme des Asylrechts in Deutschland und Europa — Bestandsaufnahme
- Asylpraxis und Auswirkungen auf die Bundesländer — Das Beispiel Nordrhein-Westfalen

- Nichts geht mehr ...! — Asylbewerber und Auswirkungen auf die Kommunen
- Das Asylrecht und die Ausländerpolitik in der Diskussion — Die Vorstellungen der Parteien
- Ausländerfeindlichkeit und Rechts-extremismus: Vorübergehendes Phänomen oder gesellschaftliche Grundströmung?

Weitere Informationen und Anmeldungen zu der in Schloß Eichholz stattfindenden Veranstaltung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling

den kommenden Jahren ausfallen, um so eher wird eine Angleichung der Löhne in den neuen Bundesländern an das westliche Niveau möglich sein. Man kann nicht hohe Lohnforderungen im Westen stellen und gleichzeitig glaubwürdig für eine Angleichung der Lebensverhältnisse im Osten eintreten; das ist ein Widerspruch in sich. Hier sind insbesondere die Gewerkschaften gefordert, ihre Bereitschaft zur Solidarität unter Beweis zu stellen. Insbesondere Streiks widersprechen in Zeiten wie diesen jeder Vernunft.

4 Der Bereitschaft der Gewerkschaften, maßvolle Tarifabschlüsse anzustreben, muß die Bereitschaft der Unternehmer entsprechen, den in den Tarifverhandlungen gewonnenen finanziellen Spielraum vorrangig für Investitionen in den neuen Bundesländern zu nutzen. Solidarität der Arbeitnehmer kann nur eingefordert und

begründet werden, wenn zugleich ein hohes Maß an unternehmerischer Verantwortung und Risikobereitschaft zugunsten des wirtschaftlichen Aufbaus der neuen Bundesländer getragen wird.

5 Reallohnsteigerungen dürfen nicht länger das einzige Modell für die Verteilung des Wirtschaftswachstums sein; wir brauchen auch Alternativen zum Instrument der Lohnerhöhung. Die durch die deutsche Einheit gegebene neue Situation in Deutschland sollte auch als Chance genutzt werden, wesentlich stärker als bisher für Arbeitnehmer attraktive Möglichkeiten zu schaffen, Produktivkapital der Wirtschaft erwerben zu können. Die Vereinbarung z. B. von Investivlöhnen wäre eine zeitgemäße Alternative zur Lohnsteigerung. Eine Arbeitsgruppe des Bundesvorstandes der CDU wird dazu Vorschläge entwickeln. ■

SPD unberechenbar

Generalsekretär Volker Rühle zur Forderung des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine nach einer Sicherheitsgarantie der NATO für Staaten der GUS:

Die Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten sind ein erneuter Beweis für das offene Durcheinander und die Unberechenbarkeit der SPD in Fragen der deutschen Außenpolitik. Die Forderung Lafontaines nach Sicherheitsgarantien der NATO für Staaten der GUS bedeuten eine Überdehnung und Pervertierung des westlichen Bündnisses. Die Verwirklichung dieser absurden Forderung würde unweigerlich eine Zerstörung der NATO zur Folge haben.

Es ist vollkommen unverständlich, weshalb sich die SPD gleichzeitig einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik unter dem Dach der WEU verweigert, an der sich auch das vereinte Deutschland als gleichberechtigter Partner beteiligt. Der SPD-Vorsitzende Engholm ist nicht in der Lage, diesen Widerspruch innerhalb seiner Partei aufzulösen.

Die Sozialdemokraten sind offenkundig unfähig, die nach dem Fall der Mauer vollkommen veränderten Sicherheitsstrukturen in Europa konzeptionell zu erfassen und eine an den Interessen der Deutschen und der Europäer orientierte Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln.

Zum selben Thema erklärte Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg:

Angeichts der Vielfalt schwerer Spannungen und der ungefestigten Strukturen im Bereich der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ist es überhaupt nicht vorstellbar, daß die NATO in dieser Region Bündnisverpflichtungen übernehmen kann. Die Bundesregierung ist bereit, im

Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Nordatlantischen Kooperationsrates den sicherheitspolitischen Dialog und die Zusammenarbeit mit diesen Staaten weiter zu intensivieren, um so gemeinsam mit unseren Partnern zu einer sicheren und friedlichen Entwicklung in Osteuropa beizutragen.

Es mutet merkwürdig an, wenn Oskar Lafontaine, der noch vor kurzer Zeit die Auflösung der NATO verlangte und im Golfkonflikt unsere Bündnisverpflichtungen gegenüber der Türkei in Zweifel zog, nunmehr das Bündnis und seine militärischen Schutzgarantien einschließlich des Einsatzes von Streitkräften auf das Gebiet Osteuropas und Asiens bis Wladiwostok ausdehnen will. Dieselbe SPD widersetzt sich immer noch einer Entscheidung, die uns mit allen anderen Mitgliedstaaten der UNO vergleichbare Handlungsmöglichkeiten im Interesse des internationalen Friedens, des Völkerrechts und der erforderlichen Maßnahmen gegen Aggressoren geben würde. Eine Beschränkung auf sogenannte Blauhelme ist dabei nicht annehmbar.

Unterschied nicht begriffen

Lafontaine und andere Politiker der SPD haben offenkundig den qualitativen Unterschied zwischen der Bindung durch feste Bündnisverpflichtungen und der Entscheidungsfreiheit auch bei einer klarstellenden Verfassungsergänzung für Missionen der UNO überhaupt nicht begriffen. Es ist an der Zeit, daß die SPD endlich ihren Widerstand gegen die notwendige klarstellende Verfassungsergänzung aufgibt. Dies dient Deutschland, seiner Stellung in den Vereinten Nationen und in der Welt, mehr als Spekulationen über zu weit gespannte Bündnisverpflichtungen, die erhebliche Risiken für unser Land und Volk bringen. ■

Keine drastische Verteuerung des Verkehrs

Zu den Veröffentlichungen über eine drastische Verteuerung des Verkehrs erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:

Nach dem Beschluß des Bundeskabinetts von 1990 sollen die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 um 25 Prozent gesenkt werden. Dabei kann der Verkehr nicht ausgenommen werden. Folgerichtig hat das Bundesverkehrsministerium ein renommiertes Institut mit der Untersuchung von 22 nichttechnischen Maßnahmen zur CO₂-Reduktion betraut. Der Bericht ist nicht unter Verschuß, sondern seit Wochen bekannt.

Die Gutachter kommen zu dem Ergebnis, daß von den untersuchten Einzelmaßnahmen bei isolierter Betrachtung lediglich eine deutliche Erhöhung der Mineralölsteuer bis auf 4,60 DM je Liter und die

Einführung einer Verkehrsabgabe zu einer Reduktion der verkehrlichen CO₂-Emissionen gegenüber 1987 führen könnten. Dagegen zeigen die Ergebnisse der Wirkungsabschätzung für drei Maßnahmenzenarien, daß bei Berücksichtigung von Interdependenzen zwischen mehreren Maßnahmen deutlich höhere Wirkungen zu erzielen sind. Hierfür wird auch eine große Bandbreite aufgezeigt. Welches Reduktionspotential sich tatsächlich realisieren läßt, hängt sowohl von der Ausprägung der Einzelmaßnahmen als auch von ihrer Zusammenfassung zu Maßnahmenbündeln ab. Wissenschaftliche Gutachten ersetzen nicht Politik und schon gar nicht die Beratungen im Deutschen Bundestag. Sie zeigen jedoch Handlungsalternativen auf. In der Politik findet dann die Abwägung der Interessen und der Auswirkungen statt. Hierbei spielt gerade die Sozialverträglichkeit eine große Rolle. Eine sofortige drastische Verteuerung des Verkehrs träfe zuerst den ländlichen Raum, der auf das Auto angewiesen ist. Eine CO₂-Reduktion im Verkehr ist unerläßlich, die Verkehrspolitik wird wirkungsvolle, aber ausgewogene Maßnahmen dazu ergreifen. ■

Aus dem Angebot der KAS

„Tue Gutes und rede darüber.“ —
Damit dies leicht fällt:

Veranstaltung Nr. 44

Rhetorik für die politische Praxis

Ein Argumentationstraining für
Frauen, 21. bis 23. Februar 1992

Schwerpunkte:

- Redeaufbau und Redevorbereitung
- Sprache und Sprechtechnik

- Argumentations- und Diskussionsstrategien

Die Veranstaltung findet in Schloß
Eichholz statt.

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

Initiativen der Bundesregierung für die Rußlanddeutschen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Horst Waffenschmidt, hat zu den „Initiativen 92“ für die Rußlanddeutschen am 12. Januar folgende Erklärung abgegeben:

Die aktuellen Initiativen der Bundesregierung in den Aussiedlungsgebieten gelten schwerpunktmäßig den über zwei Millionen Deutschen, die noch heute in Rußland und den anderen Republiken der GUS leben, aber auch ihren nicht-deutschen Nachbarn, damit Neid und Rivalitäten vermieden werden!

Im Jahre 1992 stehen dafür der Bundesregierung zur Verfügung:

- 50 Millionen DM für eine Soforthilfeaktion mit Medikamenten und Lebensmitteln sowie Bekleidung. Erlöse aus dem teilweisen Verkauf dieser Bedarfsgüter kommen dem Ausbau deutscher Dörfer zugute.

- 50 Millionen DM für die Förderung mittelständischer Betriebe, insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich und bei der Errichtung von Bäckereien, Metzgereien und Käsereien sowie bei der Unterhaltung kultureller und sozialer Zentren. Rund 100 Millionen DM wurden dafür schon 1990/91 eingesetzt.

- 100 Millionen DM für Initiativen im Wolgagebiet zur Wiedererrichtung der deutschen Wolgarepublik.

Deutsche nationale Rayons (Landkreise) sind bei den Initiativen 1992 für die Rußlanddeutschen von entscheidender Bedeutung. Mit Unterstützung von Präsident Boris Jelzin konnten deutsche Land-

kreise im Altaigebiet und im Omskgebiet errichtet werden, weitere sind in Vorbereitung, zum Beispiel in den Gebieten Nowosibirsk und Saratow.

Am 30. Januar werden die ersten deutschen Landräte aus Rußland, Landrat Josef Bernhard aus dem Altaigebiet und Landrat Professor Bruno Reuter aus dem Omskgebiet, nach Bonn kommen, um weitere Aktivitäten für ihre Kreise mit der Bundesregierung zu erörtern.

Besonders positive Wirkungen zeigen die deutschen Hilfen bei der Förderung der Landwirtschaft. So konnte zum Beispiel im Samaragebiet 1991 die Kartoffelernte im Rahmen eines deutschen Hilfsprogramms auf das Sechsfache gesteigert werden. Ein weiteres deutsches Landwirtschaftsförderungsprogramm beginnt 1992 im Ufagebiet in Schwerpunktsiedlungen von Rußlanddeutschen. Das Programm läuft in enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftlichen Fachhochschule Bernburg bei Magdeburg.

Die bisherige Erfahrung zeigt, daß Entwicklungsschwerpunkte, die von deutscher Seite gefördert und ausgebaut werden, Rußlanddeutsche in verstärktem Umfang in ihrer heutigen Heimat binden. Der VDA — Verein für das Deutschtum im Ausland — fördert diese Bindung mit zahlreichen persönlichen Initiativen und örtlichen Büros als Anlaufstellen. 1992 baut der VDA unter anderem Büros in Saratow und Wolgograd aus.

Alle Initiativen der Bundesregierung haben das Ziel, daß ein großer Teil der Rußlanddeutschen in ihrer heutigen Heimat bleibt und beim Aufbau einer freiheitlichen Demokratie und Sozialen Marktwirtschaft mithilft. ■

Gemeinsame Verfassungskommission

Modernisierung: Ja! Aber keine andere Verfassung

Anlässlich der konstituierenden Sitzung der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat erklärten der designierte Vorsitzende aus den Reihen des Bundestages, Rupert Scholz, und der amtierende Obmann der CDU/CSU-Fraktion, Gerhard Friedrich:

Die gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat hat in den nächsten beiden Jahren den Auftrag in Art. 5 des Einigungsvertrages zu erfüllen, nämlich „sich mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen“.

Wir haben die Bildung eines „Verfassungsrates“ mit Vertretern auch aus Wissenschaft, von Verbänden usw. abgelehnt, um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, als brauche das vereinte Deutschland als „neues Gebilde“ (so für die SPD Frau Däubler-Gmelin) eine neue Verfassung. Das Grundgesetz hat sich in der alten Bundesrepublik auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen in anderen Demokratien bewährt.

Die Bürgerinnen und Bürger der früheren DDR haben sich bei mehreren Wahlen für Parteien entschieden, die sich unmißverständlich für den „Beitritt zum Grundgesetz“ ausgesprochen hatten. Dieser Beitritt wurde dann auch mit überzeugender Mehrheit von der Volkskammer vollzogen. Unsere geltende Verfassung hat deshalb kein Legitimationsdefizit.

Wir wollen eine Modernisierung dieser Verfassung, keine andere Verfassung, auch nicht die Übernahme angeblicher „Errungenschaften“ eines sozialistischen Staates. Die Bürgerinnen und Bürger der ehemals sozialistischen Staaten in Ost- und Südosteuropa haben mehr als deutlich gemacht, daß sie dieses System nicht länger ertragen konnten und wollten.

Bei der in bestimmten Abständen ohnehin sinnvollen Anpassung des Grundgesetzes an neue Entwicklungen und Probleme setzen wir folgende Schwerpunkte:

- Die Marktwirtschaft braucht neben einem sozialen auch einen ökologischen Rahmen. Deshalb wollen wir im Grundgesetz neben dem Sozialstaat auch das Staatsziel Umweltschutz verankern.
- Das Grundgesetz muß mehr als bisher dem fortschreitenden Prozeß der europäischen Einigung Rechnung tragen. Dabei geht es um die Übertragung weiterer Kompetenzen auf zwischenstaatliche Einrichtungen, wie auch um die Möglichkeit, das europäische Asylrecht zu harmonisieren.
- Nach Wiedererlangung voller Souveränität Deutschlands haben wir in der internationalen Staatengemeinschaft auch die üblichen Pflichten zu übernehmen. Es sollte klargestellt werden, daß dazu auch der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme (auch der UN) gehört.
- Unser Föderalismus hat sich in vielfacher Hinsicht als reformbedürftig erwiesen.

Jetzt auch die Schreibtischtäter zur Verantwortung ziehen

Zum Urteil im Berliner Mauer-schützenprozeß erklärte der rechts-politische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Zu den tragenden Fundamenten unseres Rechtsstaates gehört die Unabhängigkeit der Gerichte. Das Urteil des Berliner Landgerichts hat für die Aufarbeitung des SED-Unrechts große Bedeutung — nicht etwa wegen „harter“ Strafen oder „milder“ Freisprüche, sondern weil es die Unabhängigkeit unserer Gerichte unterstreicht: Das Berliner Landgericht hat ausschließlich individuelle Schuld geprüft und strafrechtlich gewürdigt — frei von politischen Opportunitätsabwägungen.

Nachdem nunmehr klargestellt ist, daß schießende Grenzsoldaten schwere Schuld auf sich geladen haben, müssen jetzt auch mit Nachdruck die Schreibtischtäter zur Verantwortung gezogen werden, wobei mögliche Beweisschwierigkeiten durch besonders intensive Ermittlungsanstrengungen überwunden werden müssen.

Bewährungsprobe

Das Urteil widerlegt all jene, die behaupten, DDR-Straftaten blieben wegen angeblicher Verjährung oder „Überforderung“ der Justiz unge-sühnt. Unser Rechtsstaat wird auch diese Bewährungsprobe bestehen.

sen. Die Länder müssen wieder gestärkt werden. Im Lichte der deutschen Einheit müssen auch die Fragen der Finanzverfassung diskutiert werden.

Weiter wollen wir u. a. prüfen, ob

- die Vorschriften über das Berufsbeamtentum einer notwendigen Privatisierung von Dienstleistungen des Bundes entgegenstehen (Flugsicherung, evtl. auch Bundesbahn und Bundespost),

- der Bundestag das Recht erhalten soll, sich mit qualifizierter Mehrheit selbst aufzulösen.

Eine Vielzahl weiterer Vorschläge, z. B. die Einführung von Elementen direkter Demokratie, werden wir prüfen. Als Anhänger der parlamentarischen (repräsentativen) Demokratie wollen wir unsere erheblichen Vorbehalte nicht verschweigen. Die Erfahrungen in der Schweiz sind

auch nicht gerade ein Beweis dafür, daß Volksabstimmungen die Modernisierung einer Gesellschaft fördern.

Fest steht jedenfalls:

Eine Verfassung, die bezüglich der Staatsaufgaben zu sehr in die Einzelheiten geht, riskiert ihren dauerhaften Erfolg. Weder die Regierung noch die Opposition sollte den Versuch machen, die Grundzüge ihrer jeweiligen Tagespolitik in die Verfassung hineinzuschreiben. Regierungs- und Wahlprogramme müssen ständig der sich ändernden Situation, den neuen Problemen, angepaßt werden. Der verfassungsrechtliche Rahmen, in dem wir Politik gestalten, muß die Veränderung politischer Prioritäten, Schwankungen in der öffentlichen Meinung und den Wechsel von Regierungen überdauern. ■

Mittelstandspolitik der CDU/CSU

400 000 mittelständische Betriebe in neuen Bundesländern angemeldet

Die wirtschaftliche Bedeutung des Mittelstandes ist unbestritten. Für die Union ist der Mittelstand Herz und Motor der Sozialen Marktwirtschaft.

Wenige gesamtwirtschaftliche Zahlen unterstreichen die Schlüsselfunktion des Mittelstandes in der Bundesrepublik Deutschland: 68 Prozent aller Beschäftigten sind hier tätig, nahezu die Hälfte des Bruttosozialprodukts wird hier erwirtschaftet und 84 Prozent der Auszubildenden erhalten hier eine Ausbildung.

Die beste Mittelstandspolitik ist eine gute allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik. In den letzten Jahren hat die Union durch erhebliche Anstrengungen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen — insgesamt gesehen — deutlich verbessert und damit die Leistungsfähigkeit des Mittelstandes gestärkt.

● Durch unsere Steuerpolitik wurde das Steuersystem Schritt für Schritt leistungs- und investitionsfreundlicher gestaltet, wobei die Anliegen des Mittelstandes besonders berücksichtigt wurden.

1983/84 wurde die ertragsunabhängige Steuerbelastung verringert, der Höchstbetrag für den Verlustrücktrag wurde verdoppelt, die Abschreibungsmöglichkeiten wurden deutlich verbessert, die Förderung des Forschungs- und Entwicklungspotentials kleiner und mittlerer Unternehmen wurde verstärkt, und mit dem linearprogressiven Einkommensteuertarif 1990 haben wir ein zentrales mittelstandsförderndes Element umgesetzt.

● Mit dem Steueränderungsgesetz 1992 wird die langfristig angelegte wachstums-

freundliche und sozial ausgewogene Steuerpolitik fortgesetzt. Vor allem geht es darum, die Unternehmen auf den härteren Wettbewerb im bevorstehenden europäischen Binnenmarkt sattelfester zu machen. „Wenn wir als Industriestandort Bundesrepublik Deutschland im europäischen Binnenmarkt attraktiver bleiben wollen, muß die Unternehmensbesteuerung dringend abgesenkt werden“, forderte völlig zu Recht der Parteivorsitzende der SPD, Björn Engholm, am 20. April 1989.

Das Steueränderungsgesetz 1992 enthält wichtige mittelstandspolitische Kompo-

**Von Jochen Borchert,
haushaltspolitischer
Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

ponenten: Die Meßzahl im Eingangsbereich der Gewerbeertragsteuer für Personen- und Einzelunternehmen soll gestaffelt werden, bei der steuerlichen Bewertung des Betriebsvermögens soll der Freibetrag von 125.000 Mark mittelstandsfreundlich auf 500.000 Mark vervierfacht werden.

Konkret bedeutet dies für den Mittelstand: Ein kleines Unternehmen mit einem Gewerbeertrag von 80.000 Mark zahlt über 50 Prozent weniger Gewerbesteuer. Ein mittleres Unternehmen mit 300.000 Mark Gewerbeertrag und einer Million Mark Betriebsvermögen zahlt gut 19 Prozent weniger Gewerbesteuer und

über 60 Prozent weniger Vermögensteuer. Die SPD ist aufgefordert, ihre Obstruktionspolitik im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat aufzugeben, damit diese für unsere mittelständische Wirtschaft besseren steuerlichen Rahmenbedingungen greifen können.

● Im Rahmen der Eckwerte für die Neuregelung der Zinsbesteuerung ab 1. Januar 1993 wird ein wichtiges steuerpolitisches Anliegen des Mittelstandes realisiert werden: Die steuerliche Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen wird deutlich verbessert. Der Sonderausgaben-Vorwegabzug wird auf 6.000/12.000 Mark für Ledige/Verheiratete erhöht, und der Grundhöchstbetrag für Vorsorgeaufwendungen, zum Beispiel Beiträge zu Vorsorgeversicherungen und Bausparbeiträge, wird auf 2.610/5.220 Mark für Ledige/Verheiratete angehoben. Immerhin wird durch beide Maßnahmen zusammen ein durchschnittlich verdienender Selbständiger um rund 1.200 Mark im Jahr entlastet.

● Im Bundeshaushalt 1992 steigen die Aufwendungen für die Mittelstandsförderung im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums auf rund 1,5 Milliarden Mark gegenüber rund einer Milliarde Mark in 1991 beträchtlich an. Wir setzen damit die Mittelstandsförderung mit besonderem Schwerpunkt in den neuen Bundesländern fort. Beim Aufbau in den neuen Bundesländern fällt dem Mittelstand eine

tragende Rolle zu. Für eine gesunde Wirtschaft auch dort ist es unverzichtbar, daß sich eine Mischung aus größeren und kleineren Unternehmen herausbildet. Bei allen Schwierigkeiten kommt der Aufbau des Mittelstandes gut voran. Die von der Bundesregierung bereitgestellten Förderinstrumente für den Mittelstand werden gut angenommen.

Mittlerweile wurden rund 400.000 Gewerbe, vor allem in Handel, Handwerk und Dienstleistungsbereich, angemeldet. Dies ist die Basis für die Entwicklung mittelständischer Strukturen in den neuen Bundesländern.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, vor allem für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern, kommt der Tarifpolitik eine bedeutende Rolle zu. Die Tarifpartner sind aufgefordert, eine Lohnpolitik mit Augenmaß zu betreiben, die sich am Gemeinwohl orientiert und volkswirtschaftlich finanzierbar ist. Überzogene Lohn- und Tarifabschlüsse würden der Wirtschaft insgesamt, vor allem aber der Wirtschaft und dem Mittelstand in den neuen Bundesländern, schaden. Die alte volkswirtschaftliche Weisheit — die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen —, die durch die Entwicklung in den 80er Jahren eindrucksvoll bestätigt wurde, muß auch das Leitmotiv für die 90er Jahre werden.

Perspektiven christlicher Erziehung

Zusammen mit dem Evangelischen Arbeitskreis (EAK) und dem Büro für demokratische Jugendarbeit führt der Christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Verein FRISCHLUFT e.V. am Freitag, dem 31. Januar 1992 in Schwerin eine Veranstaltung durch, deren Thema die Perspektiven christlicher Erziehung im vereinten Deutschland ist.

Die Veranstaltung findet im Goldenen Saal des Neustädtischen Palais in der Puschkinstraße 19 statt. Sie beginnt um 16 Uhr und endet gegen 19 Uhr.

Gleichberechtigungsgesetz soll ein Signal für die Frauen sein

Frauen-Union und Bundesfachausschuß Frauen der CDU legen Eckpunkte für ein Gleichberechtigungsgesetz vor. Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Entwurf bis Mitte des Jahres vorzulegen.

Die Vorsitzende der Frauen-Union der CDU, Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, und die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauen der CDU, Maria Böhmer, haben nach einer gemeinsamen Klausurtagung des Bundesvorstandes der FU und des Bundesfachausschusses wichtige Eckpunkte für ein Gleichberechtigungsgesetz vorgelegt und die Bundesregierung aufgefordert, bis Mitte des Jahres einen Regierungsentwurf vorzulegen. Beide sagten der Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel, die den frauenpolitischen Schwerpunkt in der Erarbeitung des Gleichberechtigungsgesetzes in diesem Jahr sieht, die Unterstützung der Frauen in der CDU zu. Die Koalition müsse die Chance nutzen, mit dem Entwurf eines Gleichberechtigungsgesetzes ein Signal für die Frauen in Deutschland zu setzen und durch eine gesetzliche Grundlage die Verbindlichkeit von Frauenförderung zu erreichen.

Die Eckpunkte eines Gleichberechtigungsgesetzes sollten sein:

1 Der Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen (Art. 3 Grundgesetz) muß in der Bundesverwaltung verwirklicht werden. Deshalb muß das Gesetz Vorgaben enthalten, wie unter der Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung dieses Ziel durch eine wirkungsvolle Frauen-

förderung erreicht werden kann. Für die Eignung sind auch soziale Fähigkeiten, wie sie z. B. in der Familienarbeit und in der Kindererziehung erworben werden, zu berücksichtigen.

2 Jede Dienststelle soll jährlich einen Frauenförderplan erarbeiten, in dem Zielvorstellungen über die notwendigen Fördermaßnahmen enthalten sind.

3 Stellenausschreibungen müssen in der Regel geschlechtsneutral und in Vollzeit- und Teilzeitform erfolgen. Das muß auch für Vorgesetzten- und Führungsaufgaben gelten.

4 Es müssen die Grundlagen für flexible Arbeitszeiten und für eine Ausweitung der Teilzeitarbeit geschaffen werden. Teilzeitbeschäftigung muß auch in Vorgesetztenfunktionen und bei Führungsaufgaben möglich sein. Das Gesetz muß ein wirkungsvolles Benachteiligungsverbot bei Teilzeit und Beurlaubungen zur Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen enthalten. Teilzeitbeschäftigung darf berufliches Fortkommen nicht beeinträchtigen und sich nicht nachteilig auf die dienstliche Beurteilung auswirken.

5 Frauenbeauftragte in jeder Dienststelle sollten gesetzlich vorgeschrieben werden. Ihre Position muß so ausgestaltet sein, daß sie etwa in gleicher Weise wie ein Mitglied des Personalrats geschützt ist. Ihr müssen Rechte übertragen werden, die es ihr erlauben, bei allen Fragen der Gleichstellung, insbesondere bei Personalangelegenheiten einschließlich der Vorbereitung und Entscheidung über Einstellung, Versetzung, Fortbildung und beruflichen Aufstieg mitzuwirken. Die

Frauenbeauftragte muß ein unmittelbares Vortragsrecht bei der Leitung der Dienststelle erhalten.

6 Im Betriebsverfassungsgesetz und im Personalvertretungsgesetz muß die Mitwirkung für eine wirkungsvolle Frauenförderung sowie die Mitwirkung bei Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verankert werden.

7 Das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz muß so geändert werden, daß die Beweislast auf den Arbeitgeber übergeht.

8 Ehrenamtliche Arbeit, die vor allem von Frauen in unserer Gesellschaft wahrgenommen wird, muß steuerlich begünstigt werden. Es geht nicht an, daß ehrenamtliche Tätigkeit im Steuerrecht unterschiedlich behandelt wird.

9 Haushaltsführende Männer und Frauen, die ohne eigenen Kranken- und Rentenversicherungsschutz sind, müssen gegen Unfälle im häuslichen Bereich unfallversichert werden.

JU-Leitfaden „Kulturarbeit“

Die Junge Union Deutschlands hat jetzt einen Leitfaden „Jugendkulturarbeit“ herausgegeben. Auf 118 Seiten erhält der Leser viele Informationen und Tips rund um die Kulturarbeit vor Ort, z.B. wie man Zuschüsse erhält, wichtige Adressen, Tips zur Durchführung von kulturellen Maßnahmen etc.

Der Leitfaden „Jugendkulturarbeit“ ist gegen einen Kostenbeitrag von 2 DM in Briefmarken erhältlich bei der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2.

Doppelter Verlegenheits- kandidat

Zur Kanzlerkandidatur von Björn Engholm erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble:

Nach langen inneren Auseinandersetzungen hat Herr Engholm seine Bereitschaft zur Kanzlerkandidatur erklärt, wobei die Entscheidung im Herbst 1993 fallen soll. Das ist ein weiterer Beitrag zu einer endlosen Diskussion:

- zuerst hat Engholm erklärt, die Kandidatenfrage könne nicht von ihm allein oder von wenigen Mitgliedern der SPD-Führung getroffen werden; außerdem erfordere diese wichtige Frage ausführliche Beratungen;
- dann hat Engholm mitgeteilt, er werde einen Verfahrensvorschlag zur Ermittlung des Kandidaten vorlegen,
- jetzt hat er mit spröden Worten sich selbst zum Kandidaten ernannt.

Die Ungereimtheiten lassen sich nur deuten als ein Versuch Engholms, sich aus Verlegenheiten zu befreien, in die Fraktionschef Klose ihn gebracht hat. Dadurch hat er seinerseits die SPD in neue Verlegenheiten gebracht. Denn auch Klose verspürt nach eigenen Worten Lust auf die Kanzlerkandidatur, und der Copilot in Saarbrücken hat sicher immer noch Ambitionen.

Fazit: Engholm ist ein doppelter Verlegenheitskandidat. Auf den Fortgang der Debatte innerhalb der SPD darf man gespannt sein. Engholm ist seit heute ein weiterer Kanzlerkandidaten-Kandidat.

Asylbewerber im Jahr 1991

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat im Monat Dezember 1991 23.659 Asylbewerber (Vormonat: 29.185) registriert. Die Zahl der Asylbewerber ist damit gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, ohne daß eine Trendwende zu erkennen ist.

Hoch ist nach wie vor der Zugang aus dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Jugoslawien (9.706 Asylbewerber).

Insgesamt haben im Jahr 1991 256.112 Ausländer einen Asylantrag gestellt, gegenüber 193.063 Personen im Jahre 1990. Das ist eine Zunahme um 32,7 Prozent.

Hauptherkunftsländer sind:

Jugoslawien:	74.854 (Vorjahr: 22.114)
Rumänien:	40.504 (Vorjahr: 35.345)
Türkei:	23.877 (Vorjahr: 22.082)
Bulgarien:	12.056 (Vorjahr: 8.341)
Iran:	8.643 (Vorjahr: 7.271)
Nigeria:	8.358 (Vorjahr: 5.399)
Vietnam:	8.133 (Vorjahr: 9.428)
Afghanistan:	7.337 (Vorjahr: 7.348)
Sowjetunion:	5.690 (Vorjahr: 2.337)
Sri Lanka:	5.623 (Vorjahr: 4.361)

Im Jahre 1991 hat das Bundesamt über die Anträge von 168.023 Personen entschieden. Als asylberechtigt anerkannt wurden 11.597 Personen. Das entspricht einer Anerkennungsquote von 6,9 Prozent (1990: 4,4 v.H., 1989: 5,0 v.H.).

Abgelehnt wurden 128.820 Personen (76,7 v.H.), auf sonstige Erledigungen und Rücknahmen entfielen 27.606 Personen (16,4 v.H.).

Der Bundesminister des Innern, Rudolf Seiters, gab hierzu folgende Erklärung ab:

Der Wanderungsdruck auf Westeuropa, insbesondere auf die Bundesrepublik Deutschland, hat sich 1991 verstärkt fortgesetzt. Sieht man von dem extrem hohen Zugang aus Jugoslawien ab, zieht es immer mehr Menschen aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks vor allem nach Deutschland.

Der Anteil der Europäer an den Asylbewerbern ist von 52,6 Prozent im Jahre 1990 auf 65,1 Prozent in 1991 gestiegen. Der Anteil der Asylbewerber aus Asien ist dagegen von 31,5 Prozent im Jahre 1990 auf 19,8 Prozent im Jahre 1991 zurückgegangen.

Die Möglichkeiten der Aufnahmefähigkeit sind für die Bundesrepublik Deutschland weitgehend erschöpft. Länder und Gemeinden stehen vor schwierigen Problemen bei der Unterbringung und Versorgung dieser vielen Menschen.

Unseren Bürgern ist kaum noch zu vermitteln, daß unsere Rechtslage uns verpflichtet, all diejenigen, die ganz offensichtlich keine Asylgründe vortragen können, in ein aufwendiges Asylverfahren einzubeziehen und ihnen für die Dauer des Asylverfahrens den Aufenthalt im Bundesgebiet zu ermöglichen.

Wir müssen die Überlegung weiterverfolgen, wie in verfassungsrechtlich einwandfreier Weise erreicht werden kann, daß Personen nicht in ein aufwendiges Asylverfahren einbezogen werden müssen, die unseres Schutzes nicht bedürfen — etwa weil sie aus nach allgemeiner Überzeugung verfolgungsfreier Herkunftsländern

stammen oder über sichere Drittstaaten einreisen. Dazu bedarf es nach meiner Meinung einer Verfassungsänderung.

Unabhängig davon soll durch die am 10. Oktober 1991 mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden beim Bundeskanzler beschlossenen Zielvorstellungen, an deren Umsetzung zügig gearbeitet wird, erreicht werden, offensichtlich aussichtslose Asylbegehren innerhalb von sechs Wochen abzuschließen.

Ich habe dazu den Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP am 3. Dezember 1991 einen vom Bundesminister des Innern und hinsichtlich der Vorschriften über das gerichtliche Verfahren vom Bundesminister der Justiz erstellten Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens zugeleitet.

Der Arbeitsentwurf, dessen Abstimmung mit den Bundesressorts und den Ländern noch im Gange ist, stellt — unabhängig von der Diskussion über die nach meiner Meinung nötige Verfassungsergänzung — einen wichtigen Beitrag für eine Verfahrensbeschleunigung dar. Er dient den Fraktionen des Deutschen Bundestages als Grundlage für die gegenwärtigen gemeinsamen Erörterungen.

Im einzelnen:

Asylbewerber müssen sich grundsätzlich zunächst in Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder aufhalten. Diesen Erstaufnahmeeinrichtungen sind Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zugeordnet. Durch die räumliche Nähe der Unterkünfte der Asylsuchenden zum Bundesamt soll die Anhörung der Asylbewerber über ihr Asylvorbringen und die Entscheidung in offensichtlich aussichtslosen Fällen beschleunigt werden.

Das Bundesamt insoweit übernimmt künftig bisher den Ausländerbehörden der Länder obliegende Aufgaben. Es

erläßt künftig auch die Abschiebungsandrohung und hat hierbei zu prüfen, ob Abschiebungshindernisse nach § 53 des Ausländergesetzes (insbesondere Gefahr der Folter oder Todesstrafe) vorliegen.

Im verwaltungsgerichtlichen Verfahren soll in einfach gelagerten Fällen stets — und damit in größerem Umfang als bisher — der Einzelrichter tätig werden.

Asylbewerber werden stärker zur Mitwirkung am Verfahren verpflichtet.

Rechtsmittel gegen gerichtliche Entscheidungen sind ausgeschlossen. Die Kammer des Verwaltungsgerichts kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über Tatsachen- und Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung einholen.

Ich hoffe und erwarte, daß alle Beteiligten ihren Anteil dazu leisten, daß die Zielvorstellungen zur Beschleunigung der Asylverfahren sehr bald in die Tat umgesetzt werden.

Flankierend hierzu kommen von der Bundesregierung initiierte und von ihr mit Nachdruck geförderte Bestrebungen, in Europa zu einer Vereinheitlichung des Asylrechts zu gelangen.

Die Staaten Westeuropas sind sich ihrer Verantwortung gegenüber tatsächlich politisch Verfolgten bewußt und stehen zu den sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention ergebenden Verpflichtungen. Auf der anderen Seite entspricht es aber dem berechtigten Bestreben aller westeuropäischen Staaten, zu verhindern, daß das Asylrecht als ein bloßes Instrument illegaler Zuwanderung mißbraucht wird. Wir sind daher mit den westeuropäischen Partnern bestrebt, dem Mißbrauch wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen.

Um hierbei aber auch ein gleichberechtigter Partner sein zu können, ist es unabweisbar, unsere Verfassungsrechtslage entsprechend anzupassen. ■

Illegalen Rauschgifthandel weltweit und grenzüberschreitend bekämpfen

Zu der vom Bundesinnenminister vorgelegten Rauschgiftbilanz erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:

Mit jetzt über 2000 meist jungen Menschen, die im Jahr 1991 an Rauschgift gestorben sind, wurde ein weiterer schlimmer Rekord erreicht. Dabei dürfen neben den Todesopfern die gesellschaftlichen Schäden nicht vergessen werden, die zusätzlich hierzu von den Kriminellen ausgehen, die immer perfekter den illegalen Rauschgifthandel organisieren.

Die Gewinnspannen der Verbrecherbanden gehen in die Milliarden. Unmittelbar und mittelbar wird damit die Ursache für eine Vielzahl weiterer schwerer Verbrechen gesetzt, u. a.: Wirtschaftsverbrechen, Waffenschmuggel, Menschenhandel bis hin zum Mord.

Einfluß und Aktionsbreite krimineller Organisationen werden weiter zunehmen, wenn nicht durch schärfere Gesetze und bessere Handlungsmöglichkeiten von Polizei und Justiz deutlich gegengesteuert wird. Der Gesetzentwurf zur „Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität“ muß jetzt baldmöglichst abschließend behandelt und vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden.

Durch wirksame Vermögensstrafen, durch den Straftatbestand der Geldwäsche müssen wir das organisierte Verbrechen an seiner empfindlichsten Stelle — nämlich am Geld — angreifen. Im Strafverfahrensrecht brauchen wir präzisere Regelungen über Rasterfahndung und

Einsatz verdeckter Ermittler. Die jetzt im Entwurf vorliegenden Regelungen müssen möglichst bald verabschiedet werden, damit sie in der Praxis des polizeilichen Handelns wirksam werden können.

Angesichts der weltweiten Dimensionen der organisierten Kriminalität müssen wir uns darüber im klaren sein, daß deren Bekämpfung nur dann wirklich Chancen hat, wenn diese eben als weltweit und grenzüberschreitend erfolgt. Eine noch bessere Kooperation auf internationaler Ebene ist unumgänglich. Die Errichtung einer europäischen kriminalpolizeilichen Zentralstelle ist dringlich. Der Beschluß

Ich fordere alle gesellschaftlichen Kräfte auf, die gemeinsamen Anstrengungen insbesondere bei der Vorbeugung noch erheblich zu verstärken mit dem Ziel, eine Trendwende zu erreichen. Vor allem müssen für die intensive Betreuung der Rauschgiftsüchtigen mehr Therapieplätze geschaffen werden.

Aus der Erklärung von Bundesinnenminister Rudolf Seiters zur Vorlage der Rauschgiftbilanz 1991

des Europäischen Rates in Maastricht muß deshalb entsprechend der Dringlichkeit beschleunigt umgesetzt werden.

Die vom Bundesinnenminister vorgelegte Rauschgiftbilanz zeigt, daß es fünf vor zwölf ist. Diese Mahnung geht nicht nur uns Politiker und Behörden, sie geht uns alle an. Auch die sozialen und gesellschaftlichen Ursachen des Rauschgiftproblems müssen wir in Angriff nehmen. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Neu in Versmold:



Die CDU bietet Ihnen den oben abgebildeten Europaschirm an: Bestell-Nr. 9439, Verpackungseinheit: 1 Exemplar, Preis pro Verpackungseinheit: 9,45 DM. Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold
(Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.)

Dresdner Manifest

● Beschluß „Die Zukunft gemeinsam gestalten“ vom 2. Parteitag der CDU in Dresden.

Bestell-Nr.: **5467**

Verpackungseinheit: 50 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit: 17,50 DM

Aus der Frauen-Union

● Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. 17. Delegiertentag der Frauen-Union.

Bestell-Nr.: **5444**

Verpackungseinheit: 10 Exemplare
Preis je Verpackungseinheit: 30 DM

● Der Preis der Urkunde für besondere Verdienste (Bestell-Nr.: 0449) ist im letzten UID irrtümlich mit 20 DM angegeben worden. Es muß statt dessen heißen: 10 DM pro Exemplar.

UID

2/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 5307-0, Telefax (02 28) 5307-118/119. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~VVA~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.